

Berlin, den 26.11.2003

Claudia Hämmerling, stadtentwicklungspolitische Sprecherin, und
Barbara Oesterheld, baupolitische Sprecherin, erklären:

Entwicklung der Banane wie in der Bananenrepublik

Wenn Stadtentwicklungssenator Strieder so weiter macht wie bisher, kann er in Berlin auch getrost eine Bananenrepublik ausrufen: Unverfroren versucht er jetzt, das Abgeordnetenhaus seine Planungsunterlagen zur „Banane“ abnicken zu lassen, nur um die Hochhausträume am Alexanderplatz zu verwirklichen. Er jubelt dem Parlament einen Städtebaulichen Vertrag unter, der wiederum alle Risiken beim Land Berlin belässt und den Investor Sonae von jeglichen Risiken und der Haftung verschont. Anfragen zur Vertragskonstruktion blieben in den Ausschüssen für Stadtplanung- und Bebauungspläne sowie im Vermögensausschuss unbeantwortet.

Trotz der schlechten Erfahrungen der vergangenen Jahre soll mit die DEGEWO erneut eine städtische Wohnungsbaugesellschaft als Projektentwickler einspringen, weil andere Investoren am Projekt kein Interesse haben. Ein finanzielles Risiko trägt die Gesellschaft nach Aussage von DEGEWO-Chef Brandt nicht. Sie ist ohnehin von allen finanziellen Risiken durch einen Kooperationsvertrag aus dem Jahre 1995 freigestellt.

Die Risiken des Projektes sind ebenso unkalkulierbar wie bei den Entwicklungsgebieten oder der Bankgesellschaft. Klar ist nur wer sie trägt: das Land Berlin. Die Regierungskoalition hat offenbar weder das Verfassungsgerichtsurteil verstanden, noch aus den Großprojekten der Vergangenheit gelernt.

Darüber hinaus ist die städtebauliche Entwicklung der „Banane“ wahrlich keine stadtplanerische Großtat. Es handelt sich um eine massive Blockbebauung, die eine Arkadierung der Gehwege erforderlich macht. 2.000 Kfz-Stellplätze ziehen zusätzlichen motorisierten Individualverkehr in die Ost-City.

Es ist eine Zumutung, von den Abgeordneten die Zustimmung zu erwarten, ohne sie über die Zusammenhänge des Projektes aufzuklären. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen fordert SPD und PDS auf, das Projekt aufzugeben, um den Landeshaushalt nicht mit neuen unkalkulierbaren Risiken zu belasten. □